Zwischen Rebellion und Resilienz: Eine Zwischenbilanz des Arabischen Frühlings

Alexander Niedermeier, Johanna Scholz

Alexander Niedermeier

Johanna Scholz

Im Namen von Freiheit und Würde haben in Tunesien und Ägypten die Bevölkerungen ihre Despoten gestürzt. Die Bürger weiterer arabischer Staaten folgten dem Aufruf zu Protest und Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse. Drei Jahre nachdem der arabische Frühling in Tunesien seinen Anfang nahm, zeigt sich, dass diese „Revolution der Werte" in den einzelnen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas einen sehr unterschiedlichen Verlauf nimmt: Während in Tunesien und Ägypten ein gesellschaftlicher Transformationsprozess in Gang gesetzt wurde, sehen sich andere Länder wie beispielsweise Syrien mit Zerfall und Bürgerkrieg konfrontiert. In den arabischen Monarchien kam es zwar zu Protesten, diese führten jedoch nicht zu einem tiefgreifenden Umsturz. Ist damit das „Märchen des arabischen Frühlings" – wie es der Islamwissenschaftler Gilles Keppel nannte – etwa bereits vorbei?

Paradigmatisch scheint hier ein Blick auf die Ereignisse in Algerien Ende der 1980er Jahre, die die aktuellen Entwicklungen als eine Art algerisches Déjà-vu erscheinen lassen. Die Beschreibungen der dortigen Unruhen von 1988 gleichen auf frappierende Weise den Berichten aus Ägypten, Tunesien und anderen Staaten des Arabischen Frühlings. Erschreckend ist dabei der Blick auf die Entwicklung, die der Versuch einer demokratischen Transformation nahm: Den freien Wahlen des algerischen Frühlings folgte ein Hitzesommer in Form eines Staatsstreichs und ein fast zehn Jahre währender Bürgerkrieg mit über 200.000 Opfern, worauf das traumatisierte Land in eine Winterstarre verfiel, die bis heute andauert. Ist Algerien etwa das Menetekel der Arabellion unserer Tage?

Polarisierung und politischer Islam: Der Arabische Frühling in Ägypten und Tunesien

In Ägypten ist nun auch Mursi dem Ruf „Irahal!" („Verschwinde!") zum Opfer gefallen – schnell aber für den aufmerksamen Beobachter nicht unerwartet. Neben Aspekten wie den ausbleibenden Reformen innerhalb der Organisation der Muslimbruderschaft ist Mursi an der Aufgabe gescheitert, einen Interessenausgleich zwischen den Kräften des ancien régime, den Islamisten und dem liberal orientierten, vorrangig jungen Segment der Revolutionsbewegung, zu erzielen.

Das war angesichts der sozio-ökonomischen Probleme, der weit auseinanderklaffenden Ideologien, Interessen und Visionen sowie nicht zuletzt der Machtkämpfe mit Justiz und Militär aber auch schwierig. Seit Mursis Absetzung kommt es täglich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Mursi-Anhängern und -gegnern. Die Spannungen haben sich von den großen Städten erstmals bis in die Touristenzentren am Roten Meer ausgedehnt. Eine neue Komponente des Konflikts stellt die offene bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Islamisten und Militär dar. Auch auf politischer Ebene ist es schwierig, eine einheitliche Führung des Landes sicherzustellen. Am 9. Juli legte Übergangspräsident Manzour eine Verfassungserklärung vor, die Ägypten in neues, stabileres Fahrwasser bringen soll. Zentral hierbei sind die Überarbeitung der umstrittenen Verfassung, ein Referendum noch 2013 und Neuwahlen zum Parlament Anfang des kommenden Jahres. Allerdings treten hier Spaltungen zu Tage, die dieses Unterfangen sehr schwierig werden lassen dürften: Während zumindest Teile der Salafisten den Übergangspremier Beblawi anerkennen, fordern die Muslimbrüder die Wiedereinsetzung Mursis und lehnen alle politischen Handlungen als verfassungswidrig ab. Auch die liberalen Kräfte stehen den Plänen kritisch gegenüber. Zumindest die kurzfristigen Perspektiven Ägyptens sind, trotz der noch vor kurzem von vielen Seiten erwarteten ersten Konsolidierung des Landes, zunächst einmal schlecht.

In Tunesien, wo der Arabische Frühling mit der Selbstverbrennung Muhammad Bouazisis im Dezember 2010 begann, gestaltete sich der Transformationsprozess anfangs vielversprechend. Die tunesische Revolution wurde getragen von einer breiten Mittelschicht, die hinsichtlich der Frauenrechte einen grundlegenden Wandel in Richtung Modernität erlebt und traditionell von einem gemäßigten tunesischen Islam geprägt ist. Der rasche Wandel autokratischer Strukturen nach dem Sturz Ben Alis war begleitet von umfassender Pressefreiheit und einer Vielzahl von Parteigründungen. Tunesien wurde deshalb wiederholt als Modell für die Entwicklung der Region bezeichnet. Es erhält seit 2012 im Rahmen der Transformationspartnerschaft mit Deutschland sowie der privilegierten Partnerschaft mit der EU massive finanzielle Unterstützung. Vor diesem Hintergrund erschien Tunesien oft als Anti-Ägypten, als genaues Gegenteil von jenem Chaos, das sich derzeit im Nachbarland am Nil abzeichnet. Doch ist dieser Optimismus wirklich gerechtfertigt?

Auch wenn sich Tunesiens Premierminister Ali Laraydh zuversichtlich zeigt, dass die ursprünglich für Herbst 2012 geplante Verfassung noch im Laufe dieses Jahres in Kraft treten und es zu Wahlen kommen wird, spricht die Vorlage des bereits vierten Verfassungsentwurfs im Juni 2013 gegen diese Annahme. Zentraler Streitpunkt ist wie 2012 in Ägypten die Frage, welche Bedeutung der Religion in der neuen Verfassung zukommen soll; ein Seilziehen zwischen den regierenden Islamisten und der Opposition, das die Polarisierung der Bevölkerung weiter verschärft. Zunehmend bestimmen radikalere Kräfte, beispielsweise die Gruppierung Ansar al-Scharia, den politischen Diskurs. Die Salafisten profitieren hauptsächlich von der schlechten wirtschaftlichen Lage und der wachsenden Kritik an der Regierung, die die Probleme des Landes nicht in den Griff bekommt. Obwohl sie nur eine Minderheit im Land darstellen, üben die Salafisten durch gewalttätige Ausschreitungen, am prominentesten die Erstürmung der amerikanischen Botschaft im Dezember 2012 und die landesweite Zerstörung von Sufi-Schreinen, beachtlichen Druck auf Regierung und Bevölkerung aus.

Die amtierende Regierung, deren größte Koalitionspartei die islamisch-konservative an-Nahda ist, gerät dabei zunehmend zwischen die Fronten. Die Ermordung des tunesischen Oppositionspolitikers Chokri Belaids im Februar 2013 stürzte das Land in eine schwere politische Krise, da die Regierung wegen ihrer Untätigkeit gegenüber islamischen Extremisten für das Attentat verantwortlich gemacht wurde und da eine daraufhin vorgeschlagene Neubildung der Regierung scheiterte. Von der anfänglichen Euphorie ist man in Tunesien folglich weit entfernt, erinnert das Zusammenspiel aus schwierigen ökonomischen Verhältnissen und einer polarisierten Gesellschaft doch fatal an die Lage in Ägypten. Mit zunehmender Sorge blickt Tunesien auf die Entwicklung am Nil, die der Opposition in Tunesien Auftrieb verschafft und analog den Druck auf die tunesische Regierung verstärkt, einen politischen Konsens herbeizuführen um ein Überschwappen des Umsturzes in Ägypten zu verhindern.

Fragile Staatlichkeit: Bürgerkrieg und Zerfall in Syrien und Libyen

In Syrien ist dagegen eine politische Lösung derzeit in weite Ferne gerückt. Die Proteste, die im Frühjahr 2011 das Land erreichten und ursprünglich ebenfalls das Ziel einer demokratischen Transformation verfolgten, entwickelten sich rasch zu einem blutigen Bürgerkrieg entlang ethnisch-religiöser Linien. Er hat bislang über 100.000 Todesopfer gefordert. Zudem hat sich der Konflikt internationalisiert, sodass von einem multiplen Stellvertreterkrieg gesprochen werden kann, in dem sich Russland, der Iran und die libanesische Hisbollah auf Seiten des Assad-Regimes und die USA, die Türkei, die arabischen Golfstaaten und al-Qaida auf Seiten der Opposition gegenüberstehen. Während nicht zuletzt aus globalpolitischen Erwägungen Russland den Einfluss der USA in der Region eindämmen möchte, findet der Kampf um die regionale Vormacht zwischen Saudi-Arabien und Iran ebenfalls Eingang in die komplexe Gemengelage in der Levante. Zusätzlich lässt sich der Krieg auf den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten verdichten, verkörpert von den Golfstaaten und Al-Qaida auf der Seite der Opposition sowie dem Iran und der Hisbollah, die das Assad-Regime schiitisch-alawitischer Abstammung unterstützen. Auf beiden Seiten finden sich auch Kämpfer aus anderen Staaten, wie beispielsweise Sunniten aus Tunesien und Libyen oder Schiiten aus dem Irak. Nicht zuletzt spielen die Interessen der Türkei sowie die Sicherheit Israels eine wichtige Rolle.

Aufgrund dieser komplexen Interessenkonstellation lässt sich hinsichtlich einer Lösung des Konflikts in der internationalen Gemeinschaft nur ein Minimalkonsens herstellen: Eine Übergangsregierung der Opposition wird befürwortet, das Schicksal Assads bleibt allerdings umstritten - letztlich ist der Westen noch weit davon entfernt, einheitlich zu agieren. Dementsprechend bleibt es auch jedem Land selbst überlassen, ob und in welcher Form es der Opposition Unterstützung zukommen lässt. Die Probleme liegen auf der Hand, macht die starke Fragmentierung der syrischen Opposition doch eine Einschätzung ihres Handelns sowie die Kontrolle des Verbleibs von Waffen unmöglich. Die Opposition setzt sich neben den etwa 140.000 Kämpfern der Freien Syrischen Armee auch aus radikalen Gruppierungen, wie beispielsweise den geschätzt 10.000 Mitgliedern der al-Nusra-Front zusammen, die letzten Endes ein Ableger der Al-Qaida ist. Während deshalb Deutschland Waffenlieferungen an oppositionelle Kräfte kategorisch ablehnt, sprachen sich Großbritannien, Frank-

reich und die USA für diese aus. Die USA haben ohnehin schon eigenmächtig begonnen, in Jordanien Rebellen militärisch auszubilden. Eine kohärente Strategie des Westens oder wenigstens der EU erscheint somit auf absehbare Zeit als Chimäre.

Dabei drängen die Probleme. Dies macht nicht zuletzt die gravierende Flüchtlingsproblematik deutlich, die sich in zunehmendem Maße destabilisierend auf die gesamte Region auswirkt. Bis Juni 2013 sind bereits offiziell über 1,5 Millionen Syrer ins zumeist benachbarte Ausland geflohen, zu fast gleichen Teilen in die Türkei, nach Jordanien und in den Libanon, mit gravierenden Auswirkungen für die Aufnahmeländer. Diese haben schon jetzt ihre Kapazitätsgrenzen bei weitem überschritten: die Infrastruktur ist überlastet, die Spannungen in der Bevölkerung sind überall deutlich gewachsen, eine Ausweitung des Konflikts zu einem Flächenbrand scheint unvermeidbar. Für eine politische Lösung ist nicht nur die Gemengelage zu komplex. Alle Seiten haben bereits zu viel investiert, als dass eine bereitwillige Aufgabe eigener Positionen zu erwarten wäre. Ob diese Entwicklung zumindest mittelfristig zu einer Auslandsintervention wie etwa im Falle Libyens führen könnte, ist bislang unklar. Auf der Nürnberger Sicherheitskonferenz wurde deutlich gemacht, dass dies nicht mehr eine Frage des ob, sondern vielmehr bereits eine Frage des wann sei.

Die NATO-Intervention in Libyen hatte im Herbst 2011 zum Sturz Gaddafis geführt, aber auch eine durch den Bürgerkrieg zersplitterte politische Landschaft und eine chaotische Sicherheitslage hinterlassen. Lediglich die erfolgreiche Durchführung von Parlamentswahlen und das seit Wegfall der Sanktionen starke Wirtschaftswachstum werfen ein positives Licht auf den Wiederaufbau des Landes. Die Regierung kämpft weiterhin um die Aufrechterhaltung staatlicher Autorität. Viele Regionen werden von bewaffneten Milizen dominiert, da es keinen funktionierenden Sicherheitsapparat gibt. Zudem befindet sich in Libyen das weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen, was Libyen zur bedeutenden Bezugsquelle von Waffen in Konfliktherden wie Syrien und dem westafrikanischen Mali macht. Wenn die Regierung die Sicherheitslage nicht in den Griff bekommt, droht dem Land letzten Endes der Zerfall.

Im Vergleich fällt auf, dass einige Länder tiefgreifende Umwälzungen erfahren haben, während andere kaum von revolutionären Umbrüchen betroffen zu sein scheinen. Während die Proteste Regime verschiedener autoritärer Republiken im Nahen Osten und Nordafrika zu Fall gebracht haben, blieben die autoritären Königreiche der Region bislang vor den Stürmen des Arabischen Frühlings verschont beziehungsweise sie haben sich diesen erfolgreich entgegengestemmt, weswegen wiederholt vom Frühling der arabischen Republiken gesprochen wurde (vgl. etwa Yom/Gause III 2012).

Kein Frühling in den Königreichen? Die fragile Stabilität der arabischen Monarchien

Tatsächlich gab es mit Ausnahme Bahrains in den Golfmonarchien nur vereinzelte Proteste. In Jordanien und Marokko demonstrierte zwar die Jugend, jedoch gelang es nicht, Massenprotestbewegungen zu initiieren wie in den benachbarten Republiken. Verbreitete Erklärungsversuche jener Persistenz der arabischen Monarchien stützen sich auf kulturelle und institutionelle Elemente. So wird ein auf traditioneller Legitimation basierender stabilisierender Effekt unterstellt, der zudem vom dynastischen Prinzip unterstützt werde. Anders als die Präsiden-

ten in autoritären Republiken, die immer wieder Wahlen manipulieren und den Sicherheitsapparat bemühen müssten, um ihre Herrschaftszeit zu verlängern, verfügten die Könige, Emire und Sultane dank islamischer Traditionen und gegebenenfalls der Rückführung der Herrschaft bis auf Mohammed, dank alter Stammesstrukturen und dem Wesen der Erbmonarchie über eine natürliche und nicht infrage zu stellende Autorität in ihren jeweiligen Gesellschaften.

Solche Argumente tragen nur bedingt, denn allein der Blick in die Geschichte zeigt, dass mit Ägypten (1952), Tunesien (1957), Irak (1958), Nordjemen (1962), Südarabien (1967) und Libyen (1969) ebenso viele arabische Monarchien gefallen sind wie überlebt haben. Zudem gilt es zu bedenken, dass die Monarchien der Region ihre Macht mehr mithilfe der jeweiligen Kolonialherren etablieren konnten, die es aus eigenem Interesse in die Hand genommen haben, die schwachen und fragmentierten Ansprüche dynastischer Autorität ausgewählter Königshäuser durch Beseitigung der Rivalen in zentralisierte Autokratien zu wandeln und so etwa die al-Khalifas in Bahrain, die al-Sabahs in Kuwait, die Haschemiten in Jordanien und die Alawiten in Marokko auf den Thron zu hieven. Das dynastische Prinzip wirkt häufig eher kontraproduktiv. Da sich die Monarchen mit aus der Königsfamilie stammenden Gegenspielern in Schlüsselpositionen von Regierung, Verwaltung und Sicherheitskräften auseinanderzusetzen haben, welche königliche Maßnahmen etwa zur Gewährung bürgerlicher Freiheiten aus partikularen Motiven heraus konterkarieren, bleibt die Autokratie bestehen. Die Einschränkung der königlichen Handlungsfreiheit kann bewirken, dass das unzufriedene Volk statt die Einschränkung der Monarchie zu fordern, diese per se in Frage stellt, wie dies jüngst in Bahrain und Kuwait geschah.

Was letztlich die bislang erkennbare Resilienz der arabischen Monarchien erklärt, sind die breit gespannten Koalitionen kooptierter gesellschaftlicher Gruppen in Schlüsselstellungen, die dazu beigetragen haben, der Entstehung oppositioneller Massenbewegungen schon im Keim entgegenzuwirken. Dass deren Status und Prosperität direkt an das Wohlergehen des Königshauses gekoppelt sind, bewirkt im Falle einer Revolution bei einer Güterabwägung dieser Gruppen, gegen oder für das Königshaus einzutreten, diese zu dessen Gunsten ausfällt. Genau das war einer der wichtigen Gründe, weshalb Anti-Regime-Proteste vielerorts am Golf nicht an Dynamik gewinnen konnten, und auch weshalb die Volksbewegungen in Marokko und Jordanien nicht im erforderlichen großen Umfang Verbündete gewinnen konnten.

Ein System kontinuierlicher und breit angelegter Kooptation ist jedoch teuer. Somit stellt sich die Frage, woher die Mittel dafür kommen. Dies gilt umso mehr, als im Krisenfall erhebliche Gelder nötig werden können, um breit angelegte Sozialprogramme zur Deeskalation akuter Krisenerscheinungen zu finanzieren. Im Falle der Golfmonarchien konnte auf die Finanzkraft zurückgegriffen werden, die dem Öl-Segen zu verdanken ist. Tatsächlich wurde dort mit Geldgeschenken erheblichen Umfangs auf die sich abzeichnenden Aufstände reagiert. Qatar etwa veranlasste deutliche Lohnsteigerungen im öffentlichem Dienst und beim Militär. Kuwait legte ein Sofortprogramm in Höhe von fünf Milliarden Dollar auf, das jedem Bürger direkte Barzuwendungen und freie Lebensmittelversorgung gewährte und das saudische Königshaus stellte gar 130 Milliarden Dollar zur Verfügung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, Löhne anzuheben und mit Entwicklungsprojekten die Wirtschaft zu fördern.

Monarchien, die nicht über Ölrenten verfügen, sind auf die Unterstüt-

zung von außen angewiesen, etwa in Form finanzieller Zuwendungen, aber ebenso durch Sicherheitsgarantien oder gegebenenfalls auch militärischen Interventionen zu Gunsten des Erhalt des Königshauses. 2011 kündigten die vier wohlhabendsten Golfmonarchien großzügige Unterstützungspakete für die weniger wohlhabenden arabischen Königreiche an. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einer Transformation des Golfkooperationsrates von einem Verteidigungsbündnis gegen äußere Feinde zu einer Allianz zur Wahrung der inneren Stabilität der Mitgliedsstaaten. Hierzu wurde ein Fonds mit einem Volumen von 20 Mrd. Dollar aufgelegt; zudem wurden Jordanien und Marokko fünf Milliarden Dollar in Aussicht gestellt. Jordanien hat bislang fast anderthalb Milliarden Dollar an direkter Unterstützung durch die Golfmonarchien erhalten. Hinzu kommen für Amman die langjährigen Unterstützungszahlungen aus den USA, die bei etwa 600 Millionen Dollar jährlich liegen, was Jordanien zum höchsten Pro-Kopf-Empfänger von US-Hilfsleistungen macht – dank des vom US-Kongress konstatierten strategischen Wertes des Landes sogar mit steigender Tendenz.

Ähnliches gilt auch für das als wichtiger amerikanischer Verbündeter betrachtete Marokko. Dennoch stellt sich die Frage, inweit derartige Strategien langfristig tragfähig sind. Denn die so erreichte Stabilität wird von großen sozialen Disparitäten, hoher Arbeitslosigkeit, extrem niedrigen Einkommen und mangelnder Versorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit immer mehr unterhöhlt. Auch wird die bislang durchaus erfolgreiche gezielte Manipulation der Öffentlichkeit, die das Image von Mohammed VI als König der Armen kultiviert, als immer weniger glaubwürdig erachtet. Entgegen aller Propaganda hat das Königshaus kein Interesse daran, seine enormen privaten Reichtümer, welche sogar das Vermögen verschiedener europäischer Königshäuser weit in den Schatten stellen, mit der darbenden Bevölkerung zu teilen. Da vermag es nicht zu verwundern, dass die Legitimität dieser Monarchie sukzessive in Frage gestellt wird und auch der radikalpolitische Islam, der das Herrscherhaus als unislamisch diffamiert, in Marokko an Popularität gewinnt.

Nicht zuletzt in Saudi Arabien, einem der Schlüsselländer der Region, wird immer mehr erkennbar, dass Kooptation nur zu einem immer höheren Preis zu haben ist – finanziell wie politisch und auch weit über die Grenzen der Region hinaus. So ist Saudi Arabien, das als treibende Kraft einer arabischen Konterrevolution gilt, bestrebt, dem Arabischen Frühling den Garaus zu machen. Im Land selbst wird jede noch so kleine Regung in diese Richtung im Keim erstickt. Die für eine Zeit zurückgedrängte Macht der ultrakonservativen Wahhabiten musste angesichts der unter der Oberfläche brodelnden gesellschaftlichen Konflikte restauriert werden, um das Königshaus der al-Sauds zu stabilisieren. Das religiöse Establishment wurde für diese Unterstützung mit gut 120 Milliarden Dollar belohnt, Geld, das an Moscheen, Koranschulen und insbesondere die Religionspolizei floss, deren Befugnisse zudem weit ausgedehnt wurden. Flankiert wurden diese Maßnahmen von weiteren massiven Einschnitten in bürgerliche Freiheiten und Selbstbestimmungsrechte gemäß den Vorstellungen der Ultrareligiösen. Diese Maßnahmen dienen gleichermaßen der Stabilisierung der Herrschaft nach Innen wie auch der Zementierung des regionalen Vormachtanspruchs insbesondere gegenüber dem Iran, der nach dem Wegfall der Rivalen Irak und Afghanistan zur ernsten Herausforderung für die arabische Welt und Riads Regionalmachtpläne geworden ist.

Für den Fortgang des Transformationsprozesses in der arabischen Welt

und die damit verbundenen Zielsetzungen von mehr politischer Mitbestimmung und bürgerlichen Freiheiten ist diese Entwicklung mehr als problematisch – nicht zuletzt durch das dem Sonderverhältnis zu Saudi Arabien geschuldete Agieren der USA, die sukzessive in eklatante Zielkonflikte zwischen eigener strategischer Sicherheit und der proklamierten Verbreitung freiheitlich-demokratischer Werte geraten. Während Washington im Falle Libyens den Aufständischen half, das autoritäre Regime zu stürzen, billigte es die militärische Invasion Saudi Arabiens in Bahrain, die darauf ausgerichtet war, die demokratischen Proteste gewaltsam zu beenden, und das autoritäre monarchische System zu retten. Diese Aktion wurde mit keinem Wort kritisiert. Vielmehr wurde sowohl seitens der US-Regierung als auch hoher Vertreter der amerikanischen Streitkräfte dem Bahrainischen Königshaus weitere Unterstützung zugesichert und dieses von offizieller Seite sogar belobigt, wie besonnen und maßvoll die Krise gehandhabt worden sei – und das obwohl im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die Zahl der Toten und Inhaftierten auf Seiten der Protestierenden in Bahrain höher war als in Syrien. Während dort aber von Obama der Übergang zur Demokratie verlangt und ein Systemwechsel mit oder – wahrscheinlicher – ohne Assad vorbereitet wird, konnte Bahrain von den USA sogar noch Rüstungsgüter im Werte von 50 Millionen Dollar erwerben, die speziell zur Niederschlagung ziviler Unruhen geeignet sind. Dass eine solche Politik den Westen in den von existenzieller Unsicherheit geprägten Transformationsstaaten in hohem Maße diskreditiert und die Kräfte, welche gleichermaßen dem Westen wie den Zielen des arabischen Frühlings feindlich gesonnen sind, nachhaltig stärkt, vermag nicht zu verwundern. Schon jetzt sind signifikante Teile der immensen Summen, die vom saudischen Königshaus an das religiöse Establishment geflossen sind, an radikalislamische Organisationen in den anderen arabischen Ländern weitergeleitet worden.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich die Region in einer komplexen Umbruchphase befindet, deren Ergebnis jedoch aufgrund regimeinterner Faktoren, gesellschaftlicher Entwicklungen und nicht zuletzt unterschiedlich gelagerter internationaler Interessen alles andere als feststeht. Ob sich langfristig Autokratie, Islamismus oder tatsächlich freiheitliche Ordnungen durchsetzen, hängt von vielen Variablen ab, die derzeit nicht zu kontrollieren sind. Mittelfristig dürfte bestenfalls eine fragile Stabilität die Region bestimmen, im schlechtestn Falle ein umfassender Flächenbrand, dessen regionale Dimension leicht überschritten werden kann.

Literatur

Yom, Sean L./Gause III, F. Gregory: Resilient Royals: How Arab Monarchies Hang On, in: Journal of Democracy, 23, Number 4, Oktober 2012, S. 74-88.

Kriminalisierung von Armut

Loïc Wacquant

Bestrafen der Armen

Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit

Aus dem Französichen von Hella Beister

2., durchgesehene Auflage 2013.
359 Seiten. Kart.
36,00 € (D), 37,10 € (A)
ISBN 978-3-8474-0121-6

Loïc Wacquant analysiert die öffentliche Mobilmachung zum Thema „Sicherheit“ und die Verschärfung von Strafpraxen als Maßnahmen zur Marginalisierung und Normalisierung unterer Klassen sowie Ablenkungsmanöver in Bezug auf die soziale Frage.
Der Autor macht einen Trend, Armut, gesellschaftliche Prekarisierung zu kriminalisieren, aus: Gesellschaftliche Problemgruppen werden kriminalisiert und weggesperrt.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung bestellen oder direkt bei:

Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de